

Was Berlin unter „Entschädigung sowjetischer Kriegsgefangener“ versteht

Ein Monatslohn für ein Martyrium

Siebzig Jahre nach Kriegsende hat die Regierung der BRD beschlossen, den einstigen sowjetischen Kriegsgefangenen für deren Sklavenarbeit, die Mißachtung ihrer Menschenwürde, Hunger und Tod von Millionen meiner Mitgefangenen eine Entschädigung zu zahlen. Die christlichen Abgeordneten des Bundestages brauchten Jahrzehnte, um die Verantwortung Deutschlands für das Genozidverbrechen an den gefangenen Rotarmisten wahrzunehmen. Mehrere Male wurde dort über eine Kompensationszahlung beraten. Die verschiedensten Argumente zur Ablehnung unterbreiteter Vorschläge führte man dabei ins Feld. Am 12. Juni 2013 wurde bei einer neuerlichen Behandlung des Antrags von SPD und Grünen endlich eingestanden, daß die sowjetischen Kriegsgefangenen zu Opfern der faschistischen Rassenpolitik geworden sind.

In einer Sitzung des Petitionsausschusses traten Vertreter aller damaligen fünf Fraktionen auf. Manfred Kolbe (CDU/CSU) lehnte den Antrag mit der „Begründung“ ab, die deutschen Kriegsgefangenen hätten „ja schließlich auch gelitten“. Wörtlich gab er von sich: „Die unmenschliche Behandlung der sowjetischen Gefangenen ist eine der Verletzungen der Menschenrechte während des Krieges durch die gegeneinander kämpfenden Seiten.“

Ich möchte nur an einige Tatsachen erinnern, wie sie auch im Artikel des ehemaligen Buchenwaldhäftlings Emil Carlebach im Mai-„RotFuchs“ („Als Kriegsgefangene ins Lager kamen“) dargestellt worden sind. Von den 20 000 Kriegsgefangenen, die den monatelangen Todesmarsch 1941 von Minsk nach Buchenwald hatten antreten müssen, kamen nur 2000 dort an. 18 000 starben „unterwegs“ durch Hunger und physische Erschöpfung oder unter den Kugeln des SS-Begleitkommandos.

In einem Dokumentarfilm, den „Arte“ über die Geschichte eines weiteren Todesmarsches ausstrahlte, wurde folgendes berichtet: Anfang April 1945 hätten die Faschisten etwa 30 000 Menschen auf eine 200-km-Strecke vom KZ Sachsenhausen und anderen Lagern bis zur Ostsee geschickt. Dort sollten sie auf Lastkähne verschifft und anschließend ertränkt werden. Täglich mußten 40 Kilometer zurückgelegt werden. Jeder, der das Tempo bei Wind und Wetter nicht durchhalten konnte, wurde an Ort und Stelle von der SS erschossen. Den halben Weg bis Buchenwald überlebten 14 000 Gefangene. Die anderen 16 000 kamen während des Marsches um, wobei viele von ihnen in einem Massengrab in Neuruppin beerdigt wurden.

Und noch über eine weitere „Kolonnie“ von Kriegsgefangenen, zu der auch ich gehörte, will ich Zeugnis ablegen. Im Juli 1941 wurden

aus dem Sammelpunkt Drosdy 100 000 sowjetische Kriegsgefangene in das Lager Nr. 352 (Minsk) verlegt. Am Kriegsende waren von ihnen nicht mehr als 20 übriggeblieben. Im Juli 1941 textete die Nazi-Wochenschau einen



In deutsch-faschistischer Kriegsgefangenschaft fanden Millionen Sowjetsoldaten ein qualvolles Ende.

Bildbericht folgendermaßen: „Diese Horden, unter ihnen ungezählte Juden, sollten in Marsch gesetzt werden, um deutsche Städte und Dörfer in Schutt und Asche zu legen. Sie sollten ein Blutbad unter unserer Bevölkerung anrichten. Nur dem schnellen Zupacken des Führers und seiner tapferen Soldaten ist es zu verdanken, daß Deutschland von dieser Gefahr verschont geblieben ist. ...“

Die Abgeordneten des Bundestages können keinen ähnlichen Akt des barbarischen Umgangs mit deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR ins Feld führen. Seitens der Wehrmacht aber wurde kein „bloßes Verletzen von Menschenrechten“, sondern ein echtes Völkermordverbrechen begangen. Mehr als vier Millionen Rotarmisten sind in deutscher Kriegsgefangenschaft umgekommen, fast 60 % ihrer Gesamtzahl.

Von einer „zivilisierten Schande“, wie der russische Botschafter in Deutschland sagte, zeugt auch die Ausstellung „Lager und Zwangsarbeit“, die in Berlin, Moskau und einigen russischen Städten von dem Verein „Kontakte-Kontakty“ gezeigt wurde.

Was die deutschen Kriegsgefangenen betrifft, so mußten sie genauso hungern wie die Zivilbevölkerung jenseits des Stacheldrahts. Man betrachtete sie angesichts all ihrer Taten in

den besetzten Gebieten natürlich als Feinde, ließ sie aber nicht verhungern oder wahllos erschießen.

Am 6. Mai d. J. hatte ich als Augenzeuge des grausigen Geschehens eine Begegnung mit Berliner Schülern. In dem anschließenden Gespräch berichtete der Direktor von Erlebnissen seines inzwischen 92 Jahre alten Vaters in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Er beschrieb das Verhalten der ihn umgebenden Russen als sehr positiv. Der Schulleiter hatte unsere Begegnung mit großer Sorgfalt vorbereitet, so daß ich den Eindruck gewann, daß zwischen den Berichten des Vaters über seinen Zwangsaufenthalt in Rußland und dem Verhalten des Pädagogen ein Zusammenhang bestand.

In Anbetracht dessen versetzten mich die Worte von Günter Satthof vom Bundesfonds „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ in Erstaunen. Er meinte lediglich, daß „diese Gruppe“ (gemeint waren die sowjetischen Kriegsgefangenen – B. B.) aus dem Kreis jener, welche eine Kompensation erhalten, nicht ausgeschlossen worden wäre, hätten die Gesetzgeber schon damals über heutige Informationen verfügt. Das sagte er im Gespräch mit Bundestagsabgeordneten am 6. Mai 2015! Bedurfte es wirklich des Zeitraums von sieben Jahrzehnten, um die geschichtlich belegte Tatsache des Massenmordes bis dorthin durchdringen zu lassen?! Das ist schwer

zu glauben.

Am 18. Mai beschloß der Haushaltsausschuß des Bundestages, den noch etwa 4000 Überlebenden eine einmalige Hilfe von jeweils 2500 Euro zu zahlen. Diese Summe entspricht dem Monatslohn eines durchschnittlich qualifizierten Arbeiters in der BRD. Dabei muß man in Betracht ziehen, daß eine „Kompensation“ für jene Millionen Menschen, die in der Gefangenschaft umgekommen sind, ohnehin nicht erfolgen kann. Die meisten Opfer wurden in unbekanntenen Massengräbern als Namenlose verscharrt.

Die Geste des Bundestages zeugt indes von einer langsamen Änderung der Ansichten mancher BRD-Politiker – über die Linken hinaus. Solange sie allerdings die Tatsache des an sowjetischen Kriegsgefangenen nach dem Überfall auf die UdSSR begangenen Genozids leugnen, kann man wohl kaum davon reden, daß Russen und Deutsche nach schmerzhafter historischer Erfahrung bereits auf dem Weg der Verständigung sind.

Boris Popow, Minsk

Übersetzung aus dem Russischen:
Dr.-Ing. Peter Tichauer